

3555/J XX.GP

der Abgeordneten Haigermoser und Kollegen
an den Bundeskanzler

betreffend die Teilnahme Italiens u. a. an der Währungsunion

Am 2. Mai dieses Jahres werden die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten darüber entscheiden, wer von Beginn an Mitglied der Europäischen Währungsunion sein soll und wer nicht. Schon jetzt aber melden verschiedene maßgebende europäische Politiker starke Zweifel an der Seriosität und Nachhaltigkeit der Stabilitätsbemühungen einiger Staaten, die offiziell als Fixstarter gelten, an.

So sprach sich der niederländische Finanzminister Gerrit Zalm, unterstützt von seinem Regierungschef Wim Kok, unverblümt dafür aus, gegen die Aufnahme Italiens zu stimmen. Der Grund dafür ist, daß man sich in den Niederlanden nicht von den Jubelmeldungen aus Rom, bei der Neuverschuldung deutlich unter der Drei-Prozent Marke zu bleiben, täuschen läßt. Zu klar erscheint, daß dieser „Erfolg“ nur einer einmaligen Euro - Sondersteuer - die noch dazu schon 1999 zu 70 Prozent an die Steuerzahler zurückbezahlt werden soll - und den derzeit günstigen Zinsen für die kurzfristigen italienischen Darlehen zu verdanken ist. Abgesehen davon aber weist Italien statt der geforderten Gesamtverschuldung von maximal 60 Prozent des BIP einen Schuldenstand von über 120 Prozent auf

Wird aber Italien wegen seiner viel zu hohen Gesamtverschuldung draußen stehen gelassen, so kann auch Belgien mit einem in Prozent des BIP ähnlich hohen Schuldenberg nicht mit gutem Gewissen zugelassen werden können. Das wiederum hätte zwangsläufig zur Folge, daß auch das sämtliche Konvergenzkriterien problemlos erfüllende Luxemburg, nicht an der Währungsunion teilnehmen kann, weil der Kleinstaat per Währungsunion an den belgischen Franc gebunden ist.

Nimmt nun aber der Rat Italien und Belgien unter Außerachtlassung der Stabilitätsnormen von Beginn an in die Währungsunion auf, so könnten die Niederländer, nicht zuletzt unter dem Druck der Parlamentswahlen im eigenen Lande, sich der Teilnahme freiwillig enthalten.

Jüngsten Pressemeldungen zufolge sollen all diese Unstimmigkeiten aber offensichtlich unter den Tisch gekehrt werden, um mit aller Gewalt und geradezu fahrlässig das immer riskanter erscheinende Projekt Euro umzusetzen.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler die folgende

ANFRAGE

1. Wie beurteilen Sie die niederländische Kritik an der italienischen Stabilitätspolitik?
2. Wie informieren Sie sich über die nachhaltige Eignung der Anwärter zur Aufnahme in die Währungsunion?
3. Werden Sie der Aufnahme von Staaten, welche die Konvergenzkriterien nicht bzw. nicht dauerhaft erfüllen können zustimmen?
4. Wenn ja, wie begründen Sie dies?
5. Wenn nein, welche konkreten Schritte werden Sie in Vertretung Österreichs setzen, wenn solche Staaten trotzdem in die Währungsunion aufgenommen werden?